

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

19.11.1927 (No. 270)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postcheckkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Ueub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasserrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Reichsminister Bergt und Brauns in Leipzig

Der Reichsjustizminister über das Reichsgericht
Leipzig, 19. Nov. (Tel.) Heute statteten Reichsjustizminister Dr. Bergt dem Reichsgericht und mit ihm der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns dem neu errichteten Reichsarbeitsgericht einen Besuch ab. Bei der Feier im Reichsgericht begrüßte Erz. Dr. Bergt die Richter mit einer Ansprache, in der er ausführte:

Die neuen verfassungsrechtlichen Verhältnisse führten dazu, daß dem Reichsgericht neben seiner zivil- und strafrechtlichen Tätigkeit bedeutungsvolle Entscheidungen auf staats- und verwaltungsrechtlichem Gebiet übertragen wurden, und sich damit der Kreis seiner verantwortungsvollen Aufgaben wesentlich erweiterte. Was aber vielleicht noch tiefer in die Verhältnisse des Reichsgerichts eingriff, das war die außerordentliche Ausdehnung der erstinstanzlichen strafrechtlichen Rechtsprechung auf politischem Gebiete, die ihm durch die politisch bewegte Zeit nach der staatlichen Umwälzung gebracht worden ist. Von scharfer und überwollender Kritik sind Sie, meine Herren, nicht verschont geblieben. Um so mehr aber haben alle Gerechtfertigten anerkennen müssen, daß das Streben nach höchster Gerechtigkeit auch in der politischen Strafrechtspflege stets Ihr vornehmstes Ziel und Ihre Richtschnur gewesen ist. Und wie steht es mit Ihrer Tätigkeit heute? Jetzt gilt es auf allen Gebieten Wiederaufbauarbeit zu leisten, und dabei harrten auch Ihrer, als der höchsten Richter, gewaltige Gegenwartsaufgaben. Auf dem Gebiete des Rechtslebens bedarf es mehr als sonstwo ernstlichen Wiederaufbaues. Als derjenige, dem das Reichsgericht des Reiches anvertraut ist, appelliere ich hier an Ihre tätige Mitarbeit als höchste Richter des Reiches. Möge das Amt der höchsten Reichsrichter stets in der Hand von Persönlichkeiten des Charakters und des Geistes sein! Möge das Reichsgericht stets die Pflichten eines wahrhaft obersten Richtertums darstellen. Dann wird Ihre Tätigkeit dem Volke zum Segen gereichen, und umgekehrt wird die Volksgemeinschaft dies Ihnen danken und Sie auch weiterhin auch ansehen als ihre höchsten Führer auf dem Wege des Rechtes. Daß es stets so sein und bleiben möge, das ist der Wunsch, mit dem ich Sie namens der Reichsregierung heute hier begrüße.

An der nachfolgenden

Feier beim Reichsarbeitsgericht

nahmen der Präsident des Reichsgerichts, die richterlichen Mitglieder des Reichsarbeitsgerichts und die Reichsarbeitsrichter teil. Der Reichsjustizminister eröffnete die Feier mit einer Ansprache, in der er den Reichsarbeitsminister namens der Reichsjustizverwaltung und des Reichsgerichts willkommen hieß und darauf hinwies, daß das Reichsarbeitsgericht die Einheitlichkeit der Arbeitsrechtsprechung sichern und zugleich ihren Zusammenhang mit der allgemeinen bürgerlichen Rechtspflege wahren solle.

In seiner Antwort würdigte der Reichsarbeitsminister gleichfalls die Bedeutung des beim Reichsgericht errichteten Reichsarbeitsgerichts und seiner Zusammensetzung aus Berufsrichtern und aus Vertretern des Arbeitslebens. Das Arbeitsgerichtsgesetz diene dem Zwecke der Sicherung eines wichtigen Zweiges des neuen deutschen Rechts, des Rechts der Arbeit. Es bestehe das größte Interesse daran, daß die Grundsätze des neuen, zu einem guten Teil noch in der Entstehung begriffenen Rechts einheitlich von den dazu berufenen Gerichten ausgelegt werden. Kannehr ist für alle Streitigkeiten des Arbeitslebens eine höchste Instanz des Reichs geschaffen, die der Wahrung der Rechts einheitlichkeit dienen kann und wird. Man hat in der Öffentlichkeit lange darüber gestritten, ob diese höchste Instanz ein selbständiges Gericht sein oder ob sie mit dem Reichsgericht in eine nahe Verbindung gebracht werden solle. Für die zweite Möglichkeit haben sich Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag nicht zuletzt deshalb beinahe einmütig entschieden, weil die Tätigkeit des Reichsgerichts, insbesondere seines dritten Zivilsenats, der Öffentlichkeit gezeigt hat, mit welchem liebevollen Verständnis sich das höchste deutsche Gericht der Auslegung und Fortbildung des neuen Arbeitsrechts angenommen hat. Es ist darum für alle Beteiligten eine große Befriedigung, daß der Vorsitzende des dritten Zivilsenats des Reichsgerichts und ein erheblicher Teil seiner Mitarbeiter neben andern hohen Richtern von besonderer Erfahrung auf dem Gebiete des Arbeitslebens dem neuen Reichsarbeitsgericht angehören. Zum erstenmal gehören ferner einem höchsten deutschen Zivilgericht auch Richter an, die nicht dem Berufsrichteramt entstammen. Ich hoffe zuversichtlich, daß das Reichsgericht diese neuen Mitarbeiter an der Wahrung der deutschen Rechts einheitlichkeit freudig begrüßen wird. Die Reichsarbeitsrichter, die ich gemeinsam mit dem Reichsminister der Justiz zu ihrem schweren, aber auch dankbaren Amt berufen habe, sind hervorragende Vertreter des deutschen Arbeitslebens, von der Arbeitgeber- und von der Arbeitnehmerseite. Ihr hoher Beruf, meine Herren Reichsarbeitsrichter, ist es nun, getreu der Reichsverfassung, entsprechend ihrem Artikel 165, auch in der Rechtspflege an höchster Stelle „an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ So soll das Reichsarbeitsgericht ein Stützpunkt des Aufbaus und des Aufstiegs der neuen deutschen Republik sein, es soll in gemeinsamer ernster Arbeit von Berufsrichtern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, an der Findung und Wahrung des Rechts das deutsche Arbeitsleben fördern und aufwärts führen, wie wir es alle zum Wohle des Volkes und des Reiches wünschen.

Trauerfälle in der Familie Hindenburgs. In Lübeck verstarb am Mittwoch eine Schwägerin des Reichspräsidenten, Frau Alice v. Benedendorff und v. Hindenburg. Eine andere Schwägerin, Frau Lina v. Benedendorff und v. Hindenburg war am Tage vorher auf dem Familiengut Neubred einem Schlaganfall erlegen.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

M. Berlin, 19. Nov. (Priv.-Tel.)

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen dürften, soweit sie zwischen der Reichsregierung und dem in Berlin weilenden polnischen Delegierten Jankowski geführt werden, spätestens Mittwoch kommender Woche ihren Abschluß finden. Für die folgenden Einzelverhandlungen ist auf polnischer Seite als Delegationsführer der frühere österreichische Minister und spätere Gouverneur von Krakau von Lwardowski ernannt worden, während der Nachfolger des Staatssekretärs Bewald auf deutscher Seite noch nicht bestimmt ist. Die Verhandlungen dürften im wesentlichen vorerst auf ein Programm hinauslaufen, und zunächst einmal die grundsätzlichen Fragen geklärt werden. Man hat jedenfalls mit einer längeren Dauer der Einzelverhandlungen, die sich auf die Zollhauptgruppen beziehen, zu rechnen, während andere entscheidende Fragen, wie der Aufenthalt der Ausländer, Konsulatsfragen usw., durch diplomatische Verhandlungen zwischen den Regierungen und den Gesandten erledigt werden dürften. Die Vorträge, die heute der Reichsaussenminister und der aus Warschau in Berlin eingetroffene deutsche Gesandte Raucher dem Reichspräsidenten halten, gelten wohl diesen Fragen.

Eine sensationelle Fälscheraffäre

In Frankfurt a. M. wurden große Fälschungen russischer Tschernowezbanknoten entdeckt, die von einer dortigen kleinen Druckerei im Auftrage eines georgischen Politikers, der früher zu den Weißgardisten gehalten hatte, hergestellt worden waren. Es handelt sich um Banknoten im Werte von vielen Millionen Reichsmark. Ähnliche Fälschungen wurden auch in Ungarn und Frankreich ausgeführt. Angeblich wollte man damit die georgische Freiheitsbewegung finanzieren. Im Zusammenhang mit der Affäre wurde ein gewisser Dr. Weber in München verhaftet, der einer der Hauptteilnehmer der Hitlerbewegung war. Es wird ein gewisser Zusammenhang zwischen deutschen Rechtsrabattalen und der weissen russischen Propaganda von den polizeilichen Stellen vermutet. Die Untersuchung wird von Berlin aus geführt, wo die ersten Verhaftungen erfolgt sind. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Sekretär des ermordeten Rasputin, der Hauptmann Simanowitsch. In Paris ist ein gewisser Brissau auf Veranlassung der deutschen Kriminalpolizei wegen der gleichen Affäre verhaftet worden.

Der bayerische Ministerpräsident über Föderalismus

München, 19. Nov. (Tel.) Der bayerische Städtebund fand sich am Freitagabend auf seiner Herbsttagung im Rathaussaal zu einem Vierabend zusammen, auf dem Ministerpräsident Dr. Geib u. a. erklärte, er habe mit einiger Überzeugung und vielleicht auch einigem Schmerz die Stimmen in Regensburg erklingen hören, die das Verhältnis der Länder zum Reich in die Erörterung gezogen haben. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, anzunehmen, daß die Reichsunmittelbarkeit der Gemeinden und Städte, gelöst vom Staate, in den sie hineingestellt sind, zum Heile ausschlagen könnte. Außenpolitisch — so fuhr der Minister fort — haben die letzten 40 Jahre gezeigt, daß es falsch wäre, wenn die Behauptung aufgestellt würde, daß nur in einem unitarischen Zentralstaat starke Wirtschaftskräfte, eine starke Volkskraft und eine starke Außenpolitik möglich wäre. Wir haben seit 1870 auch in Bayern keinen Anlaß gegeben, daß an unserer absoluten Reichstreue gezweifelt werden könnte und daran, daß wir nicht opferbereit seien für das Reich bis zum äußersten.

Die russische Delegation für die Genfer Abrüstungsverhandlungen

Moskau, 19. Nov. (Tel.) Die Regierung der Sowjetunion ernannte zum Vorsitzenden der Delegation für die bevorstehende Genfer Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission den stellvertretenden Außenkommissar Litwinow, zu Mitgliedern: den Volksaufklärungskommissar der russischen föderativen Sowjetrepublik, Lunatscharski, das Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der Sowjetgewerkschaften, Ugarschew, und den stellvertretenden Stabschef der Roten Armee, Bugatschew. Zum Generalsekretär der Delegation wurde Stein, der Leiter des Departements Zentraleuropäer im Außenkommissariat und zum Sachverständigen der Vertreter der Kriegs- und Marineverwaltung, Verens, bestimmt.

Dresdens neuer Bürgermeister. Die Dresdener Stadtverordneten stimmten mit 43 gegen 26 Stimmen den Anstellungsbedingungen für den neuen sozialdemokratischen Bürgermeister Dr. Wührer, der bisher in Pforzheim amtierte, zu. Die Kommunisten, die Wührer selbst gewünscht hatten, lehnten seine Behaltsforderung ab. Nur mit Hilfe der Bürgerlichen, die gegen Wührer gestimmt hatten, wurde ihm sein künftiges Gehalt bewilligt. Er wird am 1. Dezember in sein neues Amt eingewiesen werden.

* Zur innerpolitischen Lage

Der Besuch des Reichskanzlers in München hat insofern besondere innerpolitische Bedeutung zu beanspruchen, als sich der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit mit vollkommener Klarheit zur Frage Einheitsstaat oder Föderativstaat? ausgesprochen hat. Dr. Marx hat diese seine Erklärungen dann noch gestern auf dem Festbankett der deutschen Presse in Berlin ergänzt. Die Auffassung des Reichskanzlers und damit des Reichskabinetts ist, in kurzen Worten ausgedrückt, folgende:

Solange in einem Land des deutschen Reiches der feste Wille zum Eigenstaat vorhanden ist, wäre es unrichtig und politisch falsch, irgendwie zu versuchen, andere Zustände herbeizuführen. Auch nicht auf dem Wege über finanzielle Maßnahmen darf die staatliche Selbständigkeit der Länder, die im Rahmen des Reiches ein eigenstaatliches Dasein führen wollen, untergraben werden. Die Hauptsache ist und bleibt, daß das Reich zusammenhält; das kann aber nicht durch äußere Machtmittel, durch Zwang, sondern allein durch ein gemeinsames, ethisches Streben und durch das Bewußtsein der inneren Zusammengehörigkeit erreicht werden. An sich wird eine Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse wohl erwartet werden dürfen. Denn die Behördenorganisation unseres Vaterlandes ist mit den Bedürfnissen der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage nicht mehr in Einklang zu bringen. „Das schwere Gewand der behördlichen Verwaltungsorganisation muß durch ein leichteres und zeitgemäheres ersetzt werden!“ Jedoch ist bei alledem nur ganz behutsam und im Sinne vollster gegenseitiger Loyalität vorzugehen. Wo die Unhaltbarkeit des jetzigen Systems sich aber bis zur Evidenz erwiesen hat, muß eine Änderung bald erfolgen. Dabei wird man von vornherein praktisch unterscheiden zwischen solchen Ländern, welche den Willen und die innere Kraft besitzen, ihr eigenstaatliches Leben fortzuführen, und solchen Ländern, bei denen diese Voraussetzungen nicht zutreffen. Nicht die geringste Veranlassung besteht, die Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern mit einem festen Willen zur Eigenstaatlichkeit zu ändern.

Das ist eine klare und überzeugende Formulierung, die durchaus der augenblicklichen Lage und den Rücksichten auf die vaterländische Zukunft entspricht. Daß das Zentrum geschlossen hinter der Auffassung des Reichskanzlers steht, ist bekannt. Das Zentrum hat sich kürzlich von neuem für das Prinzip des Föderativstaats erklärt und will nur dort Änderungen eintreten lassen, wo sie von der betreffenden Bevölkerung selbst gewünscht werden. Daß die übrigen Koalitionsparteien im wesentlichen der gleichen Meinung sind, ist anzunehmen.

Wenn irgendwelche kleinen Ländchen im Norden, deren Existenz wirklich nur eine unnötige, hinderliche Form aufgehen wollen, dann ist dagegen nichts einzuwenden. Viel bedeutungsvoller würde es sein, wenn die preussische Bevölkerung der Anregung des Ministerpräsidenten Dr. Brauns folgen und sich auch ihrerseits für ein Aufgehen Preußens im Reich entscheiden würde. Zunächst ist es fraglich, ob die preussische Bevölkerung in ihrer Mehrheit solches will. Sollte es wirklich dahin kommen, daß Preußen im Reich aufgeht, dann ist damit noch lange nicht gesagt, daß die süddeutschen Länder diesem Beispiel folgen. Hier im Süden ist, soweit die Stimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Betracht kommt, nicht das Geringste von einem solchen Wunsch zu spüren. Galt den süddeutschen Ländern — woran nicht zu zweifeln ist — zusammen, so werden sie durchaus die Kraft aufbringen, um auch künftighin trotz der unitarischen Bestrebungen im Norden ihre Eigenstaatlichkeit zu wahren.

Innerpolitisch von höchster Wichtigkeit ist die Tatsache, daß eigentlich schon alle Parteien mehr oder minder den Wahlkampf eröffnet haben, obwohl Reichstagswahlen ordnungsgemäß erst im Herbst des nächsten Jahres stattfinden können. Aber man richtet sich eben heute schon auf einen früheren Termin der Reichstagswahlen ein. Wenn auch kaum anzunehmen ist, daß es über den noch vom Reichstag zu verabschiedenden Reichsgesetzentwürfen zu einer Krise in der Regierungskoalition kommt, so besteht doch die Möglichkeit, daß das Zentrum durch das politische und agitatorische Verhalten der Föderationalen so verärgert wird, daß es aus der Koalition ausscheidet. Damit wäre dann natürlich die Notwendigkeit frühzeitiger Reichstagswahlen gegeben. Einer der Führer der Zentrumsfraktion des Reichstaats, der sehr maßvolle Herr von Guérard, hat dieser

Lage in Machen recht scharfe Worte an die Adresse der Deutschnationalen gerichtet. Er hat betont, daß eine Partei, die in die Regierung hineingehe, auch wirklich Mitarbeit in der Republik und an der Republik leisten müsse. Würde die schwarz-weiß-rote Fahne, die auch vom Zentrum geehrt wird, von den Rechtsparteien als Parteifähigkeit und Symbol für den Wahlkampf entfaltet, und zwar dann natürlich mit dem versteckten Ziel einer Wiederaufrichtung der Monarchie, dann sei das Ende der Koalition da. Dieser von Herrn von Guérard angenommene Fall kann jeden Augenblick eintreten. Denn auf ihrem Königsberger Parteitag haben ja die Deutschnationalen angekündigt, daß sie für Schwarz-Weiß-Rot in den Wahlkampf ziehen würden, und daß sie gar nicht daran dächten, etwas von ihrer politischen Forderung zu opfern.

Wie groß der innere Gegensatz zwischen Deutschnationalen und dem Zentrum eigentlich ist, enthüllt noch eine weitere Bemerkung des Herrn von Guérard in seiner Machener Rede, die Bemerkung nämlich, daß er die Sozialdemokratie durchaus als regierungsfähig betrachte, und daß die Ansicht des Führers der Deutschnationalen, des Grafen Westarp, gänzlich falsch sei, daß die Gesundung Deutschlands nur durch den Kampf gegen die Sozialdemokratie erreicht werden könne. Man möge für oder gegen die Sozialdemokratie sein, so sei doch eines klar, daß in Deutschland nicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könne.

Innerpolitisch sehr erfreulich ist die Tatsache, daß neuerdings der Kyffhäuserbund der deutschen Kriegervereine, eine ziffernmäßig sehr starke Organisation, von jetzt ab der Reichsflagge die Ehren erweisen wird, die ihr zukommen. Nach einer Erklärung des Präsidenten des Kyffhäuserbundes wird in Zukunft dann, wenn man Vertreter der Behörden bei sich zu Gast hat, neben den Bundesfarben (Schwarz-Weiß-Rot) auch die Reichsflagge gezeigt werden. Das ist ein durchaus vernünftiger und loyaler Entschluß, der außerordentlich viel zur Ausgleichung der Gegensätze im Innern beitragen wird. Man kann nur wünschen, daß er allenthalben Nachahmung findet.

Der Reichskanzler über seine Wiener und Münchener Reise

Bei einem Freitagabend vom Verein der Berliner Presse im Kaiserpalast des Zoologischen Gartens gegebenen Essen zu Ehren der Reichs- und der preussischen Staatsregierung, zu dem die Mitglieder beider Regierungen fast vollständig erschienen waren, führte Reichskanzler Dr. Marx nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Vereins der Berliner Presse u. a. auf seine Münchener und Wiener Reise bezugnehmend aus:

Er sei sicher, auch im Namen des Reichsaußenministers zu sprechen, wenn er sage, daß die in Wien empfangene Ehrdrücke tief und nachhaltig fortwirkten würden. Man habe über diesen Besuch sehr viel kombiniert und orakelt und hinter ihm alle möglichen Motive gesucht. Der wahre Grund des Besuches sei aber gewesen, erneut die herzlichen Beziehungen zur österreichischen Regierung zu befestigen und die Zuneigung zum deutschen Volke in Österreich zu befestigen. Der herzliche Empfang habe bewiesen, daß unsere Gefühle für dieses Land aufrichtig erwidert werden.

Übergehend zu seinen Besprechungen mit dem bayerischen Staatsministerium, die in rückhaltloser Offenheit und vollständigem gegenseitigem Vertrauen geführt worden seien, erklärte der Reichskanzler zum Verhältnis zwischen Reich und den Ländern, daß seit der im Herbst stattgefundenen Konferenz der Ministerpräsidenten sich die Ereignisse schneller entwickelt haben und der Gedanke, daß eine Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse des Reiches erforderlich sei, habe sich in weiten Schichten Deutschlands durchgesetzt. So müsse das für unsere Kraft zu schwere Gewicht der Behörden und Verwaltungsorganisation durch ein leichteres, zeitgemäßeres ersetzt werden. So wichtig diese Frage sei, so könne auf diesem Gebiet doch nur ganz behutsam vorgegangen werden. Man müsse daher zwischen den Ländern unterscheiden, welche den Willen und die innere Kraft besäßen, ihr eigenes staatliches Leben weiter zu führen und den Ländern, bei denen diese Voraussetzungen nicht zuträfen. In den Beziehungen der ersteren Länder zum Reich eine Änderung eintreten zu lassen, liege für den Augenblick nicht die geringste Verantwortung vor. Bei letzteren Ländern müsse es eben das Bestreben der Reichsregierung sein, eine Regelung zu suchen und zu finden, welche dem Wunsch dieser Länder und den neuen Erfordernissen entspreche.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede schilderte Reichskanzler Dr. Marx kurz die bisherige Arbeit der jetzigen Reichsregierung, die vor einer Fülle von Problemen gestanden habe. Wenn auch die wirtschaftlichen Verbindungen mit Frankreich auf eine feste und gesicherte Basis gestellt seien, so würden diese Beziehungen naturgemäß durch die Befestigung deutschen Gebietes beeinträchtigt. Die Frage der Aufhebung der Besatzung bedürfe unbedingt einer baldigen Lösung. In der Frage der Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches wünschte der Reichskanzler, daß die gemeinsamen, von Österreich und Deutschland bisher so erfolgreich geführten Verhandlungen zur Vereinheitlichung des Strafrechts bald zu einem befriedigenden Abschluß gebracht würden.

Der Haushaltsplan des preussischen Staates für 1928 ist jetzt dem preussischen Staatsrat zugegangen. Er bringt u. a. eine interessante Übersicht über die Veränderungen in der Zahl der Staatsbediensteten. Nach dieser Übersicht ergibt sich gegen 1927 ein Mehr an Staatsbediensteten von 2899, gegenüber 1913 ein Mehr von 71 766. Von 1913 zu 1928 ist gestiegen: die Zahl der preussischen Beamten um 59 Proz., die Zahl der Angestellten um 291 Proz., die Zahl der Arbeiter um 48 Proz. Dagegen hat sich die Zahl der Hilfsbeamten gesenkt um 32 Proz., so daß für die Kopfzahl der Staatsbediensteten eine Steigerung verbleibt um 56 Proz.

Aufhebung der Immunität eines steirischen Landtagsabgeordneten. Der Landtag von Steiermark hat in einer stürmischen Nachsitzung die Auslieferung des vom Kreisgericht Leoben wegen der Juli-Ereignisse in Brud an der Mur verurteilten sozialdemokratischen Abgeordneten Walisch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen.

Aus den Reichstagsausschüssen

Der Reichsfinanzminister über Steuerreform und Zinsverbilligung

Im Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen führte am Freitag Reichsfinanzminister Dr. Kötter aus, daß man sich im Reichsfinanzministerium bei der Frage der Durchführung der lex Brüning selbstverständlich mit dem Gesamtproblem der Senkung der Einkommensteuer zu befassen habe. Das Reichsfinanzministerium könne diese Frage nicht in einer Teillösung, etwa nur auf dem Gebiete der Lohnsteuer, behandeln, sondern müsse dem Gedanken der Senkung im Ganzen nachgehen. Im übrigen wünsche auch er, der Minister, eine schärfere Erfassung der Einkommensteuer, und sei deshalb immer für die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Systems der Buchprüfungen eingetreten. Die von sozialdemokratischen Rednern berührte Frage der Zinsverbilligung für die Landwirtschaft sei eine Angelegenheit, um deren Behandlung auch der Reichstag nicht herumkommen werde. Der Minister fügte noch hinzu, daß der neue Etat, der am Donnerstag im Reichskabinett verabschiedet wurde, unter dem Gesichtspunkt strengster Sparfamkeit aufgestellt worden sei.

In der Sitzung am heutigen Samstag beschloß der Ausschuss, die Zulagen der Schwerbeschädigten folgendermaßen festzusetzen: Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 60 Proz. 144 M., bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 70 bis 80 Proz. 300 M., bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 Proz. 504 M. Für eine rentenberechtigte Witwe 408 M., wenn die Witwe lediglich auf die Rente angewiesen ist und keine Waisen vorhanden sind, 450 M., für eine verlassene Witwe 120 M., für eine elternlose Witwe 180 M., für einen Elternteil 150 M., für ein Elternpaar 240 M., Hausgeld oder Übergangsgeld 300 M., Witwenbeihilfe 240 M., Waisenbeihilfe 96 M. Außerdem sollen Schwerbeschädigte oder Drogenabhängige, wenn sie für Kinder sorgen, zu ihrer Zulage für jedes Kind erhalten 108 M.

Diese Beschlüsse bedürfen noch der Bestätigung in zweiter Lesung und der Annahme durch das Plenum.

Das Reichsschulgesetz

Der Bildungsausschuss setzte am Freitag die Beratung über den Paragraphen 4 des Schulgesetzentwurfes beim Absatz 3 fort, der bestimmt, daß die Volksschule näher bezeichnet werden soll, als evangelische, katholische und jüdische Volksschule. Sie soll ihre Aufgaben erfüllen gemäß dem Glauben. Lehrpläne, Lehr- und Lernbücher sind der Eigenart der Schule anzupassen.

Ministerialdirektor Pellengahr erklärte die Worte „gemäß dem Glauben“ dahin, daß Unterricht und Erziehung in der Volksschule das einheitliche Gepräge tragen müssen, das durch die gemeinsame und gleichartige religiöse Haltung von Lehrern und Schülern von selbst gegeben sei.

Abg. Frau Dr. Matt (D. Vp.) begründete einen Antrag, der der ganzen Bestimmung eine andere Fassung geben will. Danach soll die Grundlage der Erziehung in der Volksschule nicht der „Glaube“ sein, sondern die Erziehung soll „auf evangelischer, katholischer usw. Grundlage“ erfolgen. Dadurch solle eine dogmatische Auslegung der Bestimmung unmöglich gemacht werden.

Der Regierungsvertreter hatte gegen diesen Antrag nichts einzuwenden.

Die Strafrechtsreform

Im Ausschuss für die Strafrechtsreform wurden am Freitag zunächst ein kommunistischer und ein sozialdemokratischer Antrag zu § 47 abgelehnt. Nach diesem Paragraphen kann das Gericht, wenn wegen eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens auf Gefängnis erkannt wird, den Verurteilten auf die Dauer von mindestens einem bis höchstens fünf Jahren für unfähig erklären, öffentliche Ämter zu bekleiden. Der Ausspruch ist, soweit das Gesetz nicht anders bestimmt, nur neben Gefängnis von mindestens drei Monaten zulässig. Der sozialdemokratische Antrag ging dahin, den Ausspruch des Verlustes der Amtsfähigkeit nur bei einem Delikt unter grober Verletzung der öffentlichen Pflichten des Verurteilten möglich zu machen. Die Kommunisten hatten die Streichung des ganzen Paragraphen 47 beantragt.

Nach § 48 verliert der auf Grund des § 47 Verurteilte gleichzeitig für immer seine öffentlichen Ämter, denen auch die Zugehörigkeit zur Reichswehr, die aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Rechte, die Rechtsanwaltschaft und öffentlichen Würden gleichgestellt werden. — Abg. Landsberg (Soz.) erklärte, die Rechtsanwaltschaft merze ungeeignete Elemente selbst aus. Aber durch Nichterpruch dürfe einem Rechtsanwalt nicht das Recht zur weiteren Ausübung seines Berufes entzogen werden. Er beantragte Streichung dieser Bestimmung.

Ministerialdirektor Bumke (Reichsjustizministerium) erklärte: Die Gleichstellung der Rechtsanwaltschaft mit den öffentlichen Ämtern entspreche dem geltenden Rechte und der Bedeutung der Rechtsanwaltschaft für das Rechtsleben. Selbstverständlich müßten die Gerichte die scharfe Waffe, die ihnen hier anvertraut werde, mit besonderer Vorsicht handhaben. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, der die Rechtsanwaltschaft aus dem Geltungsbereich des § 48 herausnehmen wollte. Angenommen wurde aber ein sozialdemokratischer Antrag, der die Worte „für immer“ streicht, so daß die Ämter usw. nicht für immer verloren werden können.

§ 49 behandelt den Verlust des Wahl- und Stimmrechts. Nach längerer Aussprache wurde dieser Paragraph zur weiteren Beratung einem Unterausschuss überwiesen. Auch § 50, der die Wiedererlangung dieser Rechte behandelt, wurde nach längerer Aussprache an den Unterausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.

Das Mieterschutzesetz

Der Reichstagsausschuss für das Wohnungswesen setzte am Freitag die Beratung der Novelle zum Mieterschutzesetz fort. Nach längerer Debatte wurden unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge die Paragraphen 1 und 1a der Regierungsvorlage mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen.

In der Sitzung am heutigen Samstag verteidigte Abg. Dr. Steiniger (D.) die Bestimmung, wonach der Gerichtsschreiber die Zulässigkeit des Kündigungsschreibens prüfen soll. Er machte besonders darauf aufmerksam, daß es sich nicht um eine Prüfung der Gründe für die Kündigung handle und daß aus diesem Verfahren keine Kosten entstünden, während im Gegensatz dazu die von den Oppositionsparteien verlangte Entschädigung des Einzelrichters Kosten verursachen würde.

Der englische Indienflug gescheitert

Die englischen Flieger Mr. Intosh und Gimker, die bereits als vermisst gemeldet wurden, sind, wie jetzt bekannt wird, am Mittwoch nachmittag, nachdem sie die Orientierung verloren hatten, im südlichen Polen gelandet. Sie haben am selben Tage den Weiterflug nach Indien aufgenommen. Die Flieger wurden jedoch auf ihrem Weiterflug Freitagmittag gezwungen, in der Nähe von Lemberg nochmals niedergeliegen. Bei der Landung brach einer der Flügel der Maschine. Hierbei wurden zwei Zuschauer verletzt. Die Maschine ist so schwer beschädigt, daß an einen Weiterflug nicht zu denken ist.

„Eigene oder geborgte Währung“

Auf Einladung der Westfälischen Verwaltungsakademie, Abteil. Bochum, der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Münster i. Westf., und der Volkswirtschaftlichen Vereinigung des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes in Duisburg, sprach Freitagabend Reichsbankpräsident Dr. Schacht über „Eigene oder geborgte Währung“.

Er führte dabei u. a. aus, eine stabile Währung sei auf die Dauer nicht möglich, ohne eine ausgeglichene Volkswirtschaft. Die Bedrohung unserer Zahlungsbilanz habe der Damesplan nicht auszuräumen können. Nach diesem Plan solle von Deutschland die Zahlung von 2½ Millionen Reichsmark jährlich möglichst in fremder Valuta erfolgen. Wegen der voraussetzlichen Undurchführbarkeit so großer jährlicher Auslandszahlungen sei die Durchführung dieser Auslandszahlungen von dem subjektiven Urteil des sogenannten Transfer-Komitees abhängig gemacht. Bemühungen um eine Ausgleichung unserer Zahlungsbilanz seien deshalb nach wie vor von ständiger Ungewißheit bedroht. Der Haushalt und die Zahlungsbilanz seien vom Zeitpunkt der Marktstabilisierung ab im Gleichgewicht gehalten worden, nicht lediglich aus der Kraft eigener Produktionsüberschüsse, sondern aus der Kredithilfe des Auslandes. Durch solche Kreditinanspruchnahme werde die Gleichgewichtslage unserer Zahlungsbilanz nicht für die Dauer herbeigeführt, sondern es werde nur die Endabrechnung hinausgeschoben.

Die Reichsbank habe wiederholt vom ersten Augenblick der Stabilisierung an zur Beschränkung in den Ausgaben der öffentlichen Hand gemahnt, denn diese sei nur in verschwindend geringem Umfange selbst produzierend. Wenn die für Zinsen und Tilgungsdienst für Bartransfers und Einfuhrüberschüssebezahlung notwendigen Devisen im normalen Verlauf der Wirtschaft in Deutschland nicht aufgebracht werden, wenn dann die Reichsbank ihre Devisen vorerst hergeben und damit ihren Notenumlauf sehr stark einschränken müßte, so würde sich dies in einem krisenhaften Liquidationsprozeß unserer Wirtschaft auswirken. Solche Krise nach Möglichkeit zu vermeiden, müsse im Rahmen der Reichsbankpolitik liegen, und sie müsse deshalb vor einer übermäßigen Auslandsverschuldung möglichst rechtzeitig warnen. Bei einer Fortsetzung der bisherigen Politik der Auslandsverschuldungen werden wir, wenn überhaupt, nicht ohne die schwersten Krisen insstande sein, die nötigen Devisen aufzubringen. Niemand werde aber ernstlich auch nur eine vorübergehende internationale Zahlungsunfähigkeit Deutschlands ins Auge fassen wollen. Darum ergebe jede Überlegung immer wieder, daß es richtig sei, durch Sparfamkeit und Haushalt im Innern ein übermäßiges Anwachsen der Auslandsverschuldung zu vermeiden. Auch hinsichtlich des Tempos, in dem wir selbst dringliche Auslandsanleihen aufnehmen, müssen wir uns einer freiwilligen Beschränkung unterwerfen, wenn nicht der deutsche Geldmarkt der Kontrolle des Zentralnoteninstituts völlig entzogen und der Willkür beliebiger Anleihschmezer ausgeliefert werden soll.

Die deutschen Schulen in Oberschlesien

Die Reichsregierung hat sich an den Völkerbund gewandt, um eine authentische Auslegung des im März abgeschlossenen Kompromisses über die deutschen Schulen in Polnisch-Oberschlesien zu erhalten. Die für das laufende Schuljahr zu den deutschen Minderheitsschulen angemeldeten Kinder werden einer Sprachprüfung durch den schweizerischen Sachverständigen Maurer unterworfen. Dieser Vorgang steht im schärften Widerspruch zu den auf der Märztagung des Völkerbundes getroffenen Vereinbarungen. Zwischen Deutschland und Polen wurde damals ein Kompromiß geschlossen, das unter Verzicht auf eine rechtliche Klärung der einschlägigen Bestimmungen des Genfer Abkommens lediglich in einer praktischen Vereinbarung bestand. Die Einschaltung der Sprachprüfung eröffnete die Möglichkeit, daß die für die deutschen Minderheitsschulen angemeldeten Kinder trotz des polnischen Widerspruches in die deutschen Schulen kämen. Aber ausdrücklich war dieses Kompromiß als eine Ausnahmemaßnahme gekennzeichnet worden, die nur einmalige Anwendung finden sollte, da sie andernfalls ja eine stillschweigende Abänderung des Genfer Abkommens von 1922 bedeutete hätte.

Der Ratsbeschuß vom letzten März lautete ausdrücklich dahin, daß die Prüfung der für die deutschen Minderheitsschulen angemeldeten Kinder auf ihre Kenntnisse der deutschen Sprache durch einen Sachverständigen als eine außerordentliche Maßnahme zu betrachten sei, die nicht als eine Abänderung der Bestimmungen der Konvention angesehen werden könne, durch die festgelegt ist, daß die Angaben der Eltern über den Schulbesuch ihrer Kinder weder überprüft noch bezweifelt werden dürfen. Im gleichen Sinne hatte sich Außenminister Dr. Stresemann im Völkerbund geäußert, indem er ausführte: „Wenn die deutsche Regierung trotz der Widersprüche gegen die Angaben des Berichtes keine Einwendungen erhebt, so geschieht das nur, weil es sich um eine außerordentliche Lösung handelt.“

Angeichts dieser Erklärungen ist man gespannt darauf, mit welcher Begründung die drei Ratsmitglieder, die als Ausschuss die Frage zu prüfen hatten (die Vertreter Rumubiens, Italiens und Hollands), dem Gesuch Polens, das einmalige Kompromiß für das Schuljahr 1926/27 auch auf das beginnende Schuljahr 1927/28 erstrecken zu lassen, entsprochen haben.

Verschiedenes

Der deutsche Ozeanflug

Der Zunterspilot Hiltz, der bekanntlich den Langstreckenweltrekord hält, ist auf den Azoren eingetroffen. Gemeinsam mit Loose wird er den Weiterflug auf der D 1230 nach den Vereinigten Staaten durchzuführen.

Sammlungen für Rungeffer und Coli.

Nach dem „Matin“ ist der Mutter Rungeffers ein größerer Betrag der zugunsten der Familien Rungeffer und Coli gesammelten Summen überreicht worden. Der endgültige Betrag, den jede Familie der beiden ums Leben gekommenen Flieger erhält, wird auf 1 265 845 Franken berechnet. Hinzu kommen für jede der beiden Familien die Hälfte von 350 000 Franken, die von der Witwe des bekannten französischen Philantropen Deutsch de la Meuthe gestiftet wurden.

Neue Sicherheitsvorrichtung für Flugzeuge

W.A. London, 19. Nov. (Tel.). Der britische Staatssekretär für Luftfahrt nahm gestern an einem Fluge teil, bei dem die neue automatische Sandley-Page-Sicherheitsvorrichtung für Flugzeuge, die die wichtigste Entdeckung seit dem Kriege genannt wird, ausprobiert wurde. Das Flugzeug konnte zeitweilig fast stationär in der Luft hängen, manchmal ließ es sich „wie ein Fahrstuhl“ fallen und vollbrachte Kurven in einer so geringen Höhe, daß unter gewöhnlichen Kontrollvorrichtungen ein Unglücksfall sicher gewesen wäre.

Badischer Teil

Landeskommissar Geh. Reg.-Rat Gräser †

In der vergangenen Nacht verschied im 59. Lebensjahr nach längerem schweren Leiden der Landeskommissar für Baden-Karlsruhe, Geh. Regierungsrat Leopold Gräser. Mit ihm ist ein hervorragender Beamter der inneren Verwaltung unseres Landes, der sich auf allen Stellen, auf die er berufen war, durch seine Begabung, seine Kenntnisse und seine Leistungen auszeichnete, dahingegangen.

Gemeinrat Gräser war am 14. Januar 1869 in Kalksch (Amt Ettlingen) geboren. Nach Besuch der Lenderschen Privatanstalt, sowie der Gymnasien in Rastatt und Karlsruhe, studierte er an mehreren Universitäten Rechtswissenschaft und bestand in den Jahren 1891 und 1895 seine juristischen Prüfungen. Seine etatmäßige Anstellung erfolgte am 1. Mai 1900. Im Jahre 1906 wurde Leopold Gräser zum Oberamtmann und Amtsvorstand in Horzberg ernannt, 1907 in gleicher Eigenschaft nach Buchen versetzt. 1912 erfolgte seine Ernennung zum Polizeidirektor in Mannheim, 1917 wurde er Geh. Regierungsrat. Im Jahre 1919 wurde er als Amtsvorstand nach Vörsach versetzt, von hier aus erfolgte im Jahre 1924 seine Ernennung zum Landeskommissar in Karlsruhe.

Die Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes bei den Behörden in Baden

Immer wieder tritt die Behauptung auf, daß das Reich, die Länder und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts ihrer Verpflichtung zur Einstellung Schwerbeschädigter nicht in dem vollen geschätzten Umfang nachkommen, während von den privaten Arbeitgebern die lückenlose Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes in ihren Betrieben gefordert werde. Zur Widerlegung dieser unrichtigen Behauptung werden nachstehend die für Baden zutreffenden Zahlen angeführt. Bemerkenswert ist, daß nach der Ausführungsverordnung zum Schwerbeschädigtengesetz vom 13. Februar 1924 jeder öffentliche und private Arbeitgeber mindestens 2 v. H. seiner Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten oder diesen gleichgestellten Personen besetzen muß. Dieser Forderung wird mit einer einzigen Ausnahme von allen öffentlichen Arbeitgebern in Baden nicht nur erreicht, sondern weit überschritten. Es beschäftigen in Baden Schwerbeschädigte auf je Hundert Arbeitsplätze:

a) Reichsbehörden

Oberpostdirektion Karlsruhe 6,2; Oberpostdirektion Konstanz 7,3; Landesfinanzamt Karlsruhe 8,0; Reichsbank 2,5; Hauptverwaltungsamt 12,6 v. H.

b) Landesbehörden

Ministerium des Innern 5,0; Justizministerium 3,3; Ministerium des Kultus und Unterrichts (ohne Schulen) 2,9; Ministerium der Finanzen 3,5 v. H.

c) Kommunale Behörden

Kreisverwaltungen 1,4; die Gemeinden mit 20 und mehr Arbeitsplätzen 2,7; die Gemeinden mit weniger als 20 Arbeitsplätzen 6,7 v. H.

d) Andere Körperschaften des öffentlichen Rechts

Landesversicherungsanstalt Baden 3,2; Berufsvereinigungen 2,5; Allgemeine Ortskrankenkassen 5,2; Sparkassen 6,8 und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts 2,9 v. H.

Tagung der Bezirksfürsorgeverbände

Am Montag tagte im Bezirksratsaal in Karlsruhe die Jahreshauptversammlung der Vorsitzenden der badischen landlichen Bezirksfürsorgeverbände. Die Tagesordnung umfaßte neben Tätigkeits- und Rechenschaftsberichten, sowie Wahlen u. a. folgende Fragen:

Aus- und Weiterbildung der Fürsorgebeamten und -Angestellten, Geschäftsvereinfachung und Vereinfachung, Vollzug des § 20 der Reichsfürsorgepflichtverordnung, Verpflichtung der Amtsvorstände und Wohnungsverbandsfragen. Auch kam zur Besprechung die Denkschrift des Badischen Städteverbands, des Badischen Städtebundes und des Verbands badischer Gemeinden usw. zum zweiten Referentenentwurf des badischen Wohlfahrtspflegegesetzes.

Die Versammlung faßte einstimmig folgende **Entscheidung**: „Die Vorsitzenden der badischen landlichen Bezirksfürsorgeverbände erklären die in der Denkschrift des badischen Städteverbands, des badischen Städtebundes und des Verbands badischer Gemeinden und des Kreisverbands Karlsruhe namens der badischen Kreise vom 1. Juni 1927 gegen die Einrichtung der Bezirksfürsorgeverbände und gegen die Verbindung der Bezirksfürsorgeverbände mit der untersten staatlichen Verwaltungsbehörde erhobenen Angriffe für durchaus unberechtigt und weisen sie zurück.“

Sie sind im übrigen der Überzeugung, daß die derzeitige organisatorische Regelung des Fürsorgewesens auf dem flachen Lande die einzig sachlich gerechtfertigte ist und den Wünschen der Fürsorgebedürftigen am meisten entspricht.“

Den Leitlinien der oben erwähnten Denkschrift stellen sie folgende Leitlinien gegenüber:

1. Die Bezirksfürsorgeverbände sind in dem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten.
2. Alle neuen Fürsorgeaufgaben sind grundsätzlich den Bezirksfürsorgeverbänden zu überweisen.
3. Den Bezirksfürsorgeverbänden ist für ihren Ausbau die notwendige Bewegungsfreiheit zu lassen; ins einzelne gehende gesetzliche Vorschriften sind zu vermeiden.

Erleichterung des Grenzverkehrs am Totensonntag

Wie wir schon erst zuverlässig erfahren, gibt es aus Anlaß des Totestages am 20. November eine besondere Einreisefreiheit nach dem Elsaß, welche den 20. und 21. November einschließt. Für alle aus dem deutschen Gebiet kommenden ist wie früher bei der Einreise zum Besuch der Gräber eine von der betreffenden elsässischen Gemeinde ausgestellte Bescheinigung beim Grenzübertritt vorzuzeigen, worin bescheinigt wird, daß ein Familienangehöriger in der Gemeinde beerdigt liegt. Die Grenzübergangsstelle gibt gegen eine Gebühr von 13 Franken das Visum ab.

Lohnbewegungen in Baden

Ein Abflauen des Tabakkonflikts. Der Zentralverband christlicher Arbeiter erhielt aus Weinhausen, Lampertheim und Gschelbach die Mitteilung, daß von je einer Firma die Arbeiter aufgefordert wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen, was dann auch geschah. Aus einem anderen Orte wird mitgeteilt, daß eine Firma vom Reichsverband der Zigarrenhersteller zur Zahlung von 10 000 M. Konventionalstrafe aufgefordert worden sei, da sie die Aussperrung nicht voll durchführt habe. Die Firma weigert sich, und dringt auf gerichtliche Entscheidung. Viele Firmen haben nur wegen der angedrohten Konventionalstrafe die Aussperrung vorgenommen. In Weierheim entließ eine Firma die Sortierer, Weber und Fertigmacher nicht und erhielt den Verband aufrecht, hat also den Aussperrungsbeschluß im Interesse des Verbandes nicht ganz durchgeführt.

Gemeinde-Rundschau

Förderung des Wohnungsbaues in Mannheim. Das Städtische Nachrichtenamt berichtet folgendes: Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat nach reichsstatistischen Veröffentlichungen für 34 deutsche Großstädte festgestellt, daß in diesen seit dem Jahre 1919 6,1 v. H. aller mitte 1927 vorhandenen Wohnungen errichtet worden sind; die Stadt Mannheim steht mit 10,6 v. H. an 4. Stelle. Auf 1000 Einwohner wurden in derselben Zeit in den Erhebungsjahren 16,6 Wohnungen erstellt; Mannheim steht hier an 5. Stelle mit 26,1 Wohnungen. Für das Jahr 1926 allein steht Mannheim hinsichtlich des Neuzugangs an Wohnungen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl unter den 43 deutschen Großstädten an 2. Stelle mit 1450 Wohnungen. Für das Jahr 1927 wird mit einem Zugang von rund 2000 Wohnungen gerechnet. Die Aussichten für 1928 sind leider sehr ungünstig, da den Städten die nötigen Mittel zur Gewährung von Baudarlehen im bisherigen Umfang kaum zur Verfügung stehen werden.

Erhöhung der Preise für die Fahrtscheinhefte in Mannheim. Die städtische Straßenbahn in Mannheim hatte in letzter Zeit mit weiteren Belastungen zu rechnen, die einen Mehraufwand von nahezu 600 000 M. jährlich verursachen. Um diesen Mehraufwand zu decken, sieht sich die Stadt veranlaßt, für die Fahrtscheinhefte eine Erhöhung eintreten zu lassen. Demgemäß wird der Preis der Fahrtscheinhefte vom 1. Januar 1928 ab 1 M. statt 90 Pf. betragen.

Die dritte Brücke in Heidelberg. Donnerstag vormittag wurde in Heidelberg an der neuen Neckarbrücke, die jetzt im Rohbau fertig ist, mit der Abfassung des Sandes begonnen, der bisher die Brückenbögen getragen hat. Das ganze Holzgerüst stand auf etwa 700 rot bemalten Tüpfeln von je einem halben Meter Höhe, die mit Sand gefüllt waren. Das ganze Gerüst, welches bisher die Bögen zu tragen hatte, war mit etwa 20 000 Tonnen Gewicht belastet. Die Arbeit wird etwa 14 Tage dauern. Dadurch werden sich die einzelnen Brückenbögen bis zum Ablauf dieser Zeit um etwa 16 Zentimeter senken. Der außerordentlich interessante Prozeß der Abfassung des Sandes am Donnerstag vormittag u. a. Bürgermeister Amberg bei. Die Entleerung der 700 Tüpfel erfolgt durch Freimachen von Ventilen, worauf der Sand abläuft. Mit dieser Arbeit ist die Brücke nun bis auf Einzelheiten, wie Straßenerhellung usw., im Rohbau fertig.

Städt. Sparkasse Eppingen. Die Zahl der Einleger hat sich im Geschäftsjahre 1926 von 854 auf 1373 erhöht. Das Einlagekapital in die städtische Sparkasse hat sich annähernd verdreifacht.

Der Stadtrat Freiburg stimmte der Erstellung einer katholischen Kirche in der Bahnhofsstraße zu. Die Kirche wird von der Kirchengemeinde St. Urban erbaut. — Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses wurde die sofortige Erweiterung der Abfertigungsräume für den Flugverkehr durch Einrichtung einer eigenen Abfertigungshalle genehmigt. Die Erweiterung wird einen Kostenaufwand von 8200 M. erfordern.

Aus der Landeshauptstadt

Das Karlsruher Adreßbuch 1928

ist soeben ausgegeben worden. Mit Rücksicht auf die Geschäftswelt möglichst frühzeitig, vor Ende November, herausgebracht, entspricht das neue Adreßbuch demnach einem Stande von Mitte November, durch weitestmögliche Aufnahme laufender Änderungen während der Herstellung und durch den Nachtrag am Anfang. Wenn man hört, daß allein über 15 000 Umsätze seit dem vorigen im neuen Adreßbuch bearbeitet werden mußten, dazu die diesmal besonders zahlreichen Geschäftsveränderungen, so kann man ermaßen, wie nötig es ist, das veraltete frühere Adreßbuch durch das neue zu ersetzen.

Dieses zeigt übrigens wieder, daß es über seine ursprüngliche Bestimmung als Adreßverzeichnis hinaus der Einwohnerschaft in weitestem Maße als Führer dienen kann. Wir greifen aus dem Reichum des Allgemeinen Teils nur heraus: Die Entwicklung von Karlsruhe (von Stadtdirektor Dr. Fischer) — Karlsruher Literatur (von Rudolf Prosch) — Sehenswürdigkeiten und denkwürdige Häuser — Verkehrsregelung und Unfallverhütung im Straßenverkehr (mit Abb.) — Kraftfahrzeugverkehr (mit Abb.) — Karlsruher Überfahrtsplan der Autos, Durchgangs- und Umgehungsstraßen — Verkehrsstatistik — Autobusverkehr in die Umgebung — Bestimmungen und Preise der Reichsbahn, mit Entfernungstabelle, Sonntagsarten und Gabelarten — Luftverkehr — Rundfunkbestimmungen — Ortspolizeiliche Verordnungen von allgemeiner Bedeutung — Standesamtsangelegenheiten. Die farbige Tafel „Eilige Anrufe“ ist wieder beigegeben. Im Verzeichnis der Häuser fällt auf, daß diesmal bei den wichtigsten Verkehrsstraßen der inneren Stadt Lagepläne bereitgestellt sind, eine begrüßenswerte Ergänzung zum Stadtplan. Letzterer wird den Adreßbuchbesitzern kostenfrei nachgeliefert; er wird wegen der überaus zahlreichen Änderungen und Ergänzungen (die zum Teil erst in jüngster Zeit beschlossen wurden) bis Mitte Dezember völlig neu bearbeitet vorliegen.

Preis des neuen Adreßbuchs bis zum Ausgabetag, den 21. November 15 M., nachher 20 M. Bezug nur vom Verlag, Karl-Friedrichstraße 14.

Deutscher Volksbühnenverband. Sonntag, den 27. d. M. findet zum erstenmal ein Bezirkstag des „Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine“ e. V., Sitz Berlin, in Karlsruhe statt. Es ist der vierte ordentliche Bezirkstag des Vereines Baden, Pfalz und Saargebiet genannten Verbandes, dessen Mitglied auch unsere Karlsruher Volksbühne ist. Dem Verbande gehören bekanntlich fast sämtliche Volksbühnen im Reich an, er zählt über eine halbe Million Mitglieder. Die eigentliche Tagung findet morgens 10 Uhr im Saale des Restaurants Krokodil, Eingang Blumenstraße, statt. Zutritt haben geladene Gäste und die Mitglieder der Volksbühne. Das Hauptreferat hat Stadtdirektor **Hofmann**, Heidelberg: „Staat, Gemeinden und Volksbühnenbewegung“. Abends 7 Uhr findet dann in der Festhalle ein großer Abend unter Mitwirkung namhafter Karlsruher Künstler statt. Der Generalsekretär des Verbandes, Dr. E. Kestricke, Berlin, wird sprechen über: „Warum Volksbühne“.

Tödlicher Unfall. Der im 65. Lebensjahre stehende Regierungsrat a. D. **Karl Meyer**, wurde Freitag abend an einer Straßenecke in der Kaiser-Allee von einem Desinfektionswagen mit dem rechten Koffelgel erfaßt, zu Boden geschleudert und so schwer am Kopfe verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Man stellte eine Gehirnerschütterung fest. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telefon 611
STACHELDRAHT

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern trockenes, wolfiges und zeitweise nebligtes Wetter. In Südbaden war es infolge Alpenföhnwindes ziemlich heiter. Heute morgen überdeckt hohe Bewölkung wieder das ganze Land. Der Feldberg hat starke Temperaturumkehr mit Alpenföhn. Tiefer Druck breitet sich von Westen her weiter über das Festland aus. Eine erste Welle des Druckfalles liegt heute Morgen zwischen Nordsee und Alpen. Ihr folgt über der Bistaha eine zweite. Die aus dem skandinavischen Hochdruckgebiet nach Mitteleuropa strömende trockene Kaltluft wird dadurch zunehmend abgelenkt und verliert ihren Einfluß auf die Witterung Deutschlands. Wir müssen daher neuerdings wieder mit Niederschlägen, meist als Regen, rechnen. **Voraussichtliche Witterung für Sonntag:** Meist wolfig und zeitweise auch Regen (Gebirge nur vereinzelt als Schnee), Temperaturen wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. B. Gernersheim, 18. Nov. Die Entfestigung der Festung Gernersheim gemäß dem Friedensvertrag geht weiter. Das Straßenbauamt Speyer vergibt gegenwärtig weitere 44 000 Kubikmeter Erdmassen zur Abtragung und 400 Kubikmeter Mauerwerk zum Abbruch.

D. B. Kalksch (Ettlingen), 19. Nov. Die hiesige Kirche kann in diesem Monat auf ihr 100jähriges Bestehen zurückblicken. Dieser Tatsache soll durch eine Jahrhundertfeier am nächsten Sonntag, den 20. November, gedacht werden. Prälat Dr. Gölter, Universitätsprofessor in Freiburg, wird die Festpredigt halten. Staatspräsident Dr. Brüning hat sein Erscheinen zugesagt.

D. B. Freiburg i. B., 18. Nov. Der in Basel tagende Aufsichtsrat der deutschen Aetat-Kunststätten K. O. Rhodolita hat sich für die Errichtung der Fabrik in Freiburg ausgesprochen und den Vertrag mit der Stadtverwaltung über den Geländeerwerb genehmigt. Oberbürgermeister Dr. Bender, Freiburg, ist mit dem Dienstvorstand des städtischen Untersuchungsamtes zur Besichtigung der Anlagen der Stammfabrik nach Lyon abgereist.

D. B. Freiburg i. B., 18. Nov. Die durch die Genossenschaft der barmherzigen Brüder in Trier geplante Errichtung eines Kurhauses wird von der Stadt Freiburg nach Maßgabe der von der Kunstkommission und vom Hochbauamt gestellten Bedingungen befürwortet.

D. B. Badenweiler, 19. Nov. Wie berichtet wird, verläßt der ehemalige Großherzog von Baden heute vormittag nach viermonatigem Kuraufenthalt wieder Badenweiler, um den Winter in Freiburg zu verbringen. Das Verleiden des Großherzogs, das eine zeitlang zu ernstlichen Besorgnissen Veranlassung gab, hat sich sehr erheblich gebessert. Der lange Aufenthalt in Badenweiler hat seine Gesundheit in erfreulicher Weise wieder gehoben.

r. Büdingen, 17. Nov. Der 76jährige hiesige Natzschriftsteller **Arnold Walter**, wurde am Samstag auf dem Heimweg von Schaffhausen von einem Auto überfahren und mußte in das Krankenhaus Schaffhausen verbracht werden.

D. B. Heilbronn, 18. Nov. Die Arbeiten an der Stauffen in Hortheim des Neckarkanals werden von nächster Woche ab wieder regelmäßig aufgenommen. Es sollen auch Notstandsarbeiten wieder in größerem Umfang durchgeführt werden. In drei Wochen dürfte in Hortheim wieder die ganze Belegschaft zur Arbeit kommen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

(Vom 16. November 1927.)

Die Einfuhr von gefalzenen Därmen aus Russland.

Zur Verarbeitung von gefalzenen Därmen, die aus Russland nach Baden eingeführt werden, sind gemäß Anlage IV Ziffer 4 des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens vom 6. Januar 1926 (Reichsgesetzblatt I Seite 1) folgende Empfangsfirmen mit Sortier- und Veredelungsanlagen zugelassen: Schöffinger & Co. in Heidelberg, Albert Imhoff G. m. b. H. in Karlsruhe, Gebr. Kahn G. m. b. H. in Karlsruhe, Schnurmann & Co. in Karlsruhe, Staub & Stern Nachfolger in Mannheim, Wilhelm Friedrich Rägele in Mannheim, Waigel & Bensheim in Mannheim, Süddeutsche Darmindustrie in Mannheim, Arnold Wolf & Co. in Freiburg, Darmbader & Maier in Freiburg, Ludwig Picard in Konstanz.

Eine Verarbeitung russischer Därme durch hier nicht genannte Firmen ist nicht statthaft.

Von der Einhaltung der weiteren Vorschrift in Anlage IV Ziffer 4 a. a. O., wonach die fraglichen Därme von den Empfangsfirmen nach erfolgter Veredelung nur nach großen Verbrauchsstellen (Wurffabriken) abgegeben werden dürfen, wird Abstand genommen.

Karlsruhe, den 16. November 1927.

Der Minister des Innern:

J. B.: Föhring

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Vermessungswesen.

Die Nachgenannten haben die im Oktober 1927 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Vermessungswesen bestanden und hierdurch gemäß § 9 der Verordnung vom 8. April 1925 die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Vermessungstechniker“ erlangt:

- Otto Brähler von Karlsruhe,
- Willi Dewald von Bergshausen,
- Josef Flach von Überlingen,
- Friedrich Kopf von Lahe,
- Baul Rohre von München,
- Karl Hermann Will von Kork.

Karlsruhe, den 17. November 1927.

Der Finanzminister:

J. B.: Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Zum Gendarmeriekommissar Gendarmerieoberwachmeister Franz Bid in Reßkirch.

Verstorben:

Geh. Hofrat Professor Dr. Karl von Sillenthal an der Universität Heidelberg.
Fortbildungsschulhauptlehrerin Rosine Moser, zuletzt in Mannheim.



Heute verschied nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater

Geh. Regierungsrat
Leopold Gräser
Landeskommissär.

Karlsruhe, den 19. Nov. 1927.

Frau Elsa Gräser
und Kinder.

Die Beerdigung findet in aller Stille statt.
Von Beileidsbesuchen und Kranzspenden bittet man abzusehen.

910



Am 14. November verschied im 90. Lebensjahr meine liebe Mutter, unsere gute Großmutter

Frau Domänenrat
Sekunda Bach
geb. Schrieder

Dr. Heinrich Bach
Arzt in Lehr
und Kinder

Die Beisetzung hat auf Wunsch der Entschlafenen in aller Stille in Heidelberg stattgefunden.

893



Badisches Landestheater
Montag, 21. November 1927

Volkshöhle 3
Fra Diavolo
von Auber
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Fra Diavolo	Witt
Lord	Bogel
Samela	Beiner
Lorenzo	Kauffütter
Matteo	Röfer
Berline	Schneider
Giacomo Dr. Bucherpfennig	
Beppo	Stainbach
Dragoner	Burm
Müller	Gröbinger

Tanz einstudiert von
Edith Vielesfeld
Anfang 7^{1/2} Ende 9^{1/4}
I. Rang und I. Sprechst. 7. Rk.
Der IV. Rang ist für den
allgemeinen Verkauf
freigehalten.

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich
abends 8 Uhr
**Die lachende
Revue**
Freut euch
des Lebens!
848

Jagd-Verpachtung.

Montag, den 21. November 1927, nachmittags 3 Uhr, wird die Jagd der Gemarkung Pfaffenrot mit 490 Hektar Gemeinwald, 77 Hektar Domänenwald Husterklosterwald, angrenzend an den Gemeinwald und 846 Hektar Feld auf weitere 7 Jahre vom 1. Februar 1928 bis 31. Januar 1935 im Rathaus dahier öffentlich versteigert. 8588

Als Steigerer werden zugelassen Personen, welche im Besitze eines Jagdpasses sind, oder durch Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen, daß gegen die Erteilung des Jagdpasses keine Bedenken obwalten.

Das Jagdgebiet ist angrenzend an das Abtal, Station Marzell, Gertrudenhof, Haltestelle Spielberg.

Pfaffenrot, den 9. November 1927.

Der Gemeinderat:
Glaser, Bürgermeister.

3 außerordentlich billige Serien
Herren-Stoffe

Kammgarne, gute, solide
tragfähige Qualitäten

RM. 14,- 15,- 16,- per Meter

Ulster-Stoffe

in wunderbaren Qualitäten und allen Preislagen

Leipheimer & Mende

906

Lebensbedürfnisverein

Frisch eingetroffen!
Gut geräuchertes

Dürrfleisch

ohne Knochen RM. 1,60
mit Knochen RM. 1,55

Warenabgabe nur an Mitglieder!

908

**Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger**

offizielles Organ
der badischen Regierung

Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten,
in Industrie-, Handels- und Gewerbezweigen gelesen

Anzeigen aus Industrie,
Handel und Gewerbe
sind deshalb von ganz
besonderer Wirkung

Geschäftsstelle:
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
Telephon 952, 953, 954

Sonder-Verkauf
Da unser seit Jahren bestbekanntes
**Wäsche- und Ausstattungs-
Geschäft**

in anderen Besitz übergeht, verkaufen wir unser
reichhaltiges Lager zu ganz bedeutend herab-
gesetzten Preisen und geben darauf noch 10
bis 20% Rabatt. 907

Geschwister Baer
Waldstr. 37 Tel. 579

Der berühmte
Schaller Tee
in Originalpackungen

wird Sie durch seine hohe Güte stets befriedigen.

Das Tiefbauamt der Stadt Freiburg im Breisgau
sucht zum sofortigen Eintritt für die Abteilung Stadt-
erweiterung

einen staatlich geprüften jüngeren Baumeister.

Verlangt wird vor allem große Gewandtheit im
Konstruieren, in der zeichnerischen Darstellung und
in Geländeaufnahmen. 8592

Die Anstellung erfolgt im Angestelltenverhältnis
auf Probearbeitsvertrag mit den Bezügen der Befol-
dungsgruppe VII. Spätere planmäßige Anstellung
mit den für die Techniker des mittleren gehobenen
Dienstes bestehenden Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten ist nicht ausgeschlossen.

Gesuche mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnis-,
Ausbildungs- und Dienstzeugnissen im Original oder
beglaubigten Abschriften, Zeichen- und Schriftproben
sind unter Angabe der spätesten Eintrittsmöglichkeit
bis zum 10. Dezember d. J. bei der unterzeichneten
Stelle einzureichen.

Die in Aussicht genommenen Bewerber haben sich
vor Anstellung beim Gesundheitsamt der Stadt Frei-
burg ärztlich untersuchen zu lassen.
Freiburg im Breisgau, den 15. November 1927.
Städtisches Tiefbauamt.

Bad. Kunstverein e. V.
3 Waldstraße 3



Vom 19. November
bis 8. Dezember 1927:

**Weihnachts-Ausstellung
Karlsruher Künstler**

Möbel- und Vorhangstoffe
aus den Deutschen Werkstätten A.-G.
Dresden-Gellerau

Gebrüder Himmelheber A.-G.
Möbelfabrik, Kriegsstraße 25

Geöffnet: Sonntags 11-1 und 2-4 Uhr
Werktags 10-1 und 2-4 Uhr
Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pf. 909

Qualitäts-Möbel

Holz-Gutmann

Ständige Ausstellung
von über

100 Muster-Zimmern und
Küchen!

Besichtigung erbeten! Besichtigung erbeten!

Früher: Kaiserstr. 109; jetzt:
Nur Karlstraße 30

905

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
8.768 Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.



Badisches Landestheater

Sonntag, 20. November 1927
* C 8 Th.-Gem. 601-700

Tannhäuser
und der Sängerkrieg
auf Wartburg
von Richard Wagner
Musikalische Leitung:
Josef Reips
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Hermann	Dr. Bucher- pfennig
Tannhäuser	Strad
Bolfram	Weyrauch
B. v. d. Vogelweide	Witt
Witrolf	Bogel
Heinrich	Kalnach
Meinwar	Gröbinger
Elisabeth	Fanz
Benus	von Hartung
Hirt	Schneider

Edelknaben	Oster
	Demtsdorff
	Fischbach
	Winter
	Tubach
Strazien	Legendecker
	Bagels
	Nivinius

Das Bacchanal ist einstudiert
von Edith Vielesfeld
Anfang 6^{1/2} Ende geg. 10^{1/4}
I. Rang und I. Sprechst. 8 Rk.

Drud. G. Braun, Karlsruhe